



Mittelmeerraum stabilisieren – Entwicklungspolitische Kooperation ausbauen

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 16. Mai 2017

Das künftige Wohlergehen Europas und Deutschlands wird in besonderem Maße von Wohlergehen und Stabilität des Mittelmeerraums abhängen. Gerade an seinem südlichen Rand kumulieren Entwicklungsdefizite sowie schwierige politische und ökonomische Verhältnisse. Staatliche Strukturen sind teils schwach oder teils kollabiert. Gemeinsam mit weit verbreiteter Gewalt ist dies Ausdruck für die Instabilität der Lage. Diese sich länger anbahnende Situation hat sich durch den Widerstand verschiedener Kräfte gegen den arabischen Frühling und durch das Entstehen des sog. Islamischen Staates dramatisch beschleunigt. Für die Öffentlichkeit besonders sichtbar wurde die instabile Situation durch die große Zahl an Asylsuchenden in Folge des syrischen Bürgerkriegs und der ungesteuerten Migration aus Subsahara-Afrika über das Mittelmeer (EU-weit mehr als 1 Million Asylbewerber aus diesen Regionen in 2015 und 2016).

Europa und Deutschland werden über das bereits gegebene Engagement hinaus auch weiter entwicklungspolitisch gefordert sein, um Stabilisierung, Demokratie und wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Hierfür will die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eintreten.

I. Das Mittelmeer als Raum gemeinsamen Interesses

Dem Mittelmeerraum wohnt seit Menschengedenken eine enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung inne. In der Antike entstanden hier die Hochkulturen der Ägypter, Phönizier, Griechen und Römer. Ihre Ideen und kulturellen Errungenschaften fanden im gesamten Mittelmeerraum und darüber hinaus Verbreitung. Am Mittelmeer treffen bis heute zwei große Kulturräume aufeinander, der christlich geprägte im Norden und der islamisch geprägte im Süden.

Aufgrund seiner Vielfalt bietet dieser Raum Chancen für eine Entwicklung, die positiv über die Ufer des Mittelmeers hinaus wirken kann. Die wirtschaftliche Ausrichtung nordafrikanischer Staaten auf Europa, insbesondere auf Frankreich, Italien und Spanien, ist ausgeprägt. In Bezug auf Deutschland ist sie deutlich ausbaufähig. Der politische und wirtschaftliche Austausch zwischen den Staaten Nordafrikas ist noch gering. Seine Verstärkung bietet gemeinsame Entwicklungschancen für die Schaffung befriedigender Lebensbedingungen und damit für die Stabilisierung des gesamten Raumes.

Neben Verbindendem kennzeichnet den Mittelmeerraum heute jedoch auch Trennendes: Wohlstand gegenüber Armut, staatliche Stabilität gegenüber Fragilität, Rechtssicherheit versus Rechtsunsicherheit sowie verschiedene Staatsentwürfe von Demokratie bis Diktatur. Das hohe Bevölkerungswachstum in allen Staaten des südlichen Mittelmeerraums (und auch Subsahara-Afrikas) verschärft die bestehenden Herausforderungen.

II. Anspruch und Realität

Der sogenannte Arabische Frühling mit seinen dramatischen Umwälzungen ist Herausforderung und Chance zugleich. Manche Länder wie Tunesien sind erfolgreich auf dem Weg zu Liberalisierung und Demokratisierung. Andere Staaten wie Libyen kollabierten und wurden über die damit verbundenen Auswirkungen zu einem Risiko für die internationale Gemeinschaft. Um dem entgegenzutreten, gilt es, den Zusammenhalt innerhalb der Region zu fördern, den Blick auf gemeinsame Interessen zu richten sowie politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zu intensivieren. Erster Ansatzpunkt hierfür können die handlungsfähigen Staaten des westlichen Mittelmeerraums (Algerien, Tunesien, Marokko) sowie Ägypten, Jordanien und Libanon sein.

Zwischen Suezkanal im Osten und Gibraltar im Westen liegt eine der meistbefahrenen maritimen Verkehrswege der Welt. Dies prädestiniert die Mittelmeerregion für die Errichtung einer gemeinsamen Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftszone. Eine solche haben die Länder der Region und die Europäische Union mittels der „Euro-mediterranen Partnerschaft“ (EUROMED) 1995 grundsätzlich auf den Weg gebracht und bis heute mit den Maghreb-Staaten sowie Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, dem Westjordanland und Gazastreifen, Albanien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien und Serbien in Form von Freihandelsvereinbarungen oder bilateralen Regelungen umgesetzt. Der Schritt hin zum zollfreien Warenverkehr und zur einheitlichen Frachtdokumentation ist hierdurch eingeleitet. Energie- und Umweltpartnerschaftsabkommen ergänzen das Bild.

Mit diesem sog. „Barcelona-Prozess“ hat die Europäische Union einen wichtigen Handlungsrahmen geschaffen, um der Mittelmeer-Kooperation eine Grundlage zu geben. Darauf wurde seither aufgebaut, insbesondere mit der feierlichen Gründung der Union für den Mittelmeerraum (2008). Darüber hinaus fördert die Europäische Union die Entwicklung in den mediterranen Staaten mithilfe von Assoziationsabkommen, sowohl für potentielle zukünftige EU-Mitgliedsstaaten, als auch für Staaten ohne Beitrittsperspektive.

Die deutsche Entwicklungspolitik ist mit ihren vielfältigen Instrumenten in Partnerschaften mit Algerien, Tunesien, Marokko, Ägypten, Libyen, den palästinensischen Gebieten, Libanon, Jordanien und der Türkei engagiert. Insbesondere durch die Sonderinitiative MENA werden Beschäftigung, berufliche Bildung, Stabilisierung und gute Regierungsführung mit unmittelbar wirkenden strukturbildenden Maßnahmen verknüpft. Die Beschäftigungsinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde im Rahmen der Flüchtlingskrise für die Anrainerstaaten Syriens aufgelegt, um schnelle Unterstützung zur Bewältigung der großen sozialen Herausforderungen zu geben.

Aber es muss konstatiert werden: Der fortgesetzte Syrien-Krieg sowie die großen Herausforderungen der Migration aus Subsahara-Afrika haben in den letzten Jahren unterstrichen, wie weit alle Beteiligten von dem Anspruch der Schaffung eines

Raumes des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes im Mittelmeerraum entfernt sind. Nach wie vor ist der südliche Rand der Region von schlechter Regierungsführung, politischen Krisen und Gewalt geprägt, die Wirtschaft, Liberalisierung und Demokratisierung behindern.

Unsere Aufgabe muss es sein, diese Krisenregion bei ihrer politischen Stabilisierung durch strukturelle Reformmaßnahmen langfristig zu unterstützen, sie sowohl wirtschaftlich zu fördern als auch den Austausch mit Europa zu stärken. In diesem Gesamtrahmen sind nicht zuletzt auch gute Bildungsstrukturen sowie funktionierende Wissenschaftssysteme wichtige Voraussetzungen für Innovation, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe. Durch eine gezielte entwicklungspolitische Förderung dieser übergeordneten Ziele wollen wir nachdrücklich dazu beitragen, dass dem Terrorismus und der organisierten Kriminalität zumindest teilweise der sozio-ökonomische Boden entzogen, die Region stabilisiert und die illegale Migration eingedämmt werden kann. Dabei muss die Verknüpfung von grundlegenden, im Interesse Deutschlands liegenden Aspekten wie insbesondere der erleichterten Rücknahme in Deutschland nicht aufenthaltsberechtigter, eigener Staatsbürger mit Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des gesamten Engagements der Bundesregierung möglich sein.

III. Entwicklungspolitische Schwerpunkte für die Zukunft

Vor diesem Hintergrund plädiert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für folgende Initiativen auf europäischer und deutscher Ebene, um über einen Ausbau der entwicklungspolitischen Kooperation im Mittelmeerraum einen noch stärkeren Beitrag zur Stabilisierung der südlichen Hälfte dieses Raums zu leisten:

Im Rahmen der Europäischen Union:

- Die Demokratisierung und Geltung der allgemeinen Menschenrechte, die Liberalisierung der Wirtschaft und des Warenverkehrs im Mittelmeerraum, die Schaffung von sozio-ökonomischen Entwicklungsperspektiven, Wachstum und Beschäftigung einschließlich dem Aufbau funktionierender Bildungs- und Wissenschaftssysteme sowie der interkultureller Dialog sollen als strategische Oberziele stärker herausgestellt und aktiv gefördert werden.
- Die Stabilität im Mittelmeerraum soll als ein gemeinsames Interesse der Anliegerstaaten und der EU unterstrichen werden, um daraus insbesondere in den folgenden Gebieten gemeinsames Handeln abzuleiten: wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung, Handel und Zugang zum europäischen Markt, berufliche Bildung und Beschäftigungsförderung, Sicherheitspolitik und Bekämpfung von Terrorismus, Menschenhandel und Schleuserkriminalität, Reduzierung illegaler Migration, Bildung und Prävention von Radikalisierung, Wissenschaft, Forschung und Innovation, Verkehr und Infrastruktur, Kultur und Tourismus sowie erneuerbarer Energien und Umwelt-/Ressourcenschutz.

- In enger Kooperation sollen hierfür gemeinsame Gesprächs- und Handlungsplattformen¹ entwickelt werden, die aufbauend auf den Strukturen der „Union für den Mittelmeerraum“ als institutionellem Rahmen zur Förderung dieses gemeinsamen Interesses beitragen können.
- Die begonnenen Verhandlungen der EU mit einigen südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers (Jordanien, Tunesien, Marokko, Ägypten) sollen zur Erweiterung bestehender Assoziierungsabkommen genutzt werden. Darüber hinaus sollen umfassende Freihandelsabkommen (*Deep and Comprehensive Free Trade Agreements*, DCFTA) mit entwicklungsfreundlicher Ausgestaltung angestrebt werden, um somit die wirtschaftliche Stabilisierung und nachhaltige Entwicklung der Region zu fördern sowie diese handelspolitisch enger an die EU zu binden.
- Die nordafrikanischen Staaten sollen in ein EU-AKP- / Post-Cotonou-Folgeabkommen aufgenommen werden, um einen kontinentalen Ansatz für die Neuaufstellung der EU-Afrika-Beziehungen nach 2020 aufzusetzen sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik neu auszurichten.
- Die Anrainer des westlichen Mittelmeers – aufbauend auf bestehenden Kooperationsformaten wie dem sog. 5+5-Dialog auf Ministerebene – sollen in einen gemeinsamen förderpolitischen Programmraum für EU-Maßnahmen zusammengefasst werden, um eine parallele, soziale, demokratische und wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, vor allem junge Menschen in Beschäftigung zu bringen sowie die akuten Ursachen für Flucht und Migration zu bekämpfen.

Im Rahmen der Bundesregierung:

- In der Afrika-Strategie der Bundesregierung, der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie im Rahmen der „Eckpunkte für einen Marshall-Plan mit Afrika“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll Nordafrika eine Schlüsselrolle bei der Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven vor den Toren Europas über das heutige starke Engagement hinaus zukommen (Bsp.: BMZ hat für den Schwerpunkt „Nahost/Syrien“ 2016 bereits einen Mittelansatz von rd. 1 Mrd. Euro eingesetzt).
- Die Wirtschaft in den Partnerländer zu stärken, damit mehr Arbeitsplätze und Chancen für die Menschen entstehen.

¹ Vergleichbar mit der Nordischen Dimension mit ihrer regionalen Kooperation zwischen den EU-Ländern im Ostseeraum sowie Island, Norwegen und Russlands Nordwesten.

- Die in den politischen Stiftungen und anderen Durchführungsorganisationen aufgelegten Sonderprogramme in der Region, wie die durch das BMZ beauftragte „Sonderinitiative zur Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika und Nahost“, sollen weiter ausgebaut werden.
- Im Lichte der Beschlüsse der III. VN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba (2015) sollen die Partnerländer beim Aufbau transparenter, effizienter und nachhaltiger Verwaltungs- und Steuersysteme zur Absicherung der langfristigen Finanzierung staatlicher Aufgaben unterstützt werden.
- Speziell für Migrationswillige aus dieser Region sollen an die Rückkehr in die Heimatländer gebundene Hochschulstipendien in Deutschland geschaffen werden. Für die Vorbereitung sollen deutsche Sprachkurse vermehrt angeboten und deutsche Auslandsschulen erweitert werden.
- Der Auf- und Ausbau von Wissensgesellschaften in Nordafrika und Nahost soll intensiver unterstützt werden, insbesondere durch Kooperationen in Wissenschaft und Forschung. Forschungsk Kooperationen, welche wissenschaftliche Erkenntnisse in wirtschaftliche Aktivitäten unterstützen, sollen gestärkt werden.
- Berufliche Ausbildungsprogramme in den Partnerländern sollen verstärkt werden, um über den Wissenstransfer die Grundlagen für ökonomische Aktivitäten und die Kooperationsfähigkeit der Gesellschaften dauerhaft zu verstärken. Zudem soll die Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolventen gesteigert werden, um die Lücke zwischen Ausbildungsprofil und Arbeitsmarkt zu verringern. Die transnationalen Hochschulen in Jordanien und Ägypten, aber auch die am Modell einer deutschen Universität für angewandte Wissenschaften orientierte Deutsch-Tunesische Hochschule (DTH), leisten dazu wichtige Beiträge.
- Die Förderung von Rückkehrerprogrammen soll über das BMZ verstärkt werden (2017: 150 Mio. Euro für sechs Zielländer, u.a. Marokko und Tunesien), um über die Begleitung von Reintegration vor Ort und die Förderung von Bildung und Beschäftigung eine zusätzliche Destabilisierung der aufnehmenden Herkunftsstaaten zu vermeiden.
- Deutsche Expertise auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien soll genutzt werden, um die wirtschaftlichen Potentiale eines gemeinsamen Ausbaus und einer grenzüberschreitenden Nutzung dieser Zukunftstechnologien zu erschließen. Langfristig soll eine entsprechende Transportinfrastruktur einerseits zwischen den Mittelmeeranrainern und andererseits nach Europa aufgebaut werden, um gemeinsame Interessen zu stärken.

- Die Bedeutung des Ausbaus einer digitalen Infrastruktur als Multiplikator für künftige wirtschaftliche Entwicklung soll hervorgehoben und in diesem Bereich Partnerländer dabei unterstützt werden, privaten Investoren einen Markteinstieg zu erleichtern.
- Eine stärkere Förderung kommunaler und regionaler Partnerschaften soll mithilfe geeigneter Instrumente (wie v.a. die Servicestelle Kommunen in einer Welt, SKEW) realisiert werden, um den Gestaltungsspielraum der Gebietskörperschaften zu erweitern. Derzeit fördert das BMZ insgesamt 465 deutsche Kommunen bei Partnerschaften im Bereich Fluchtursachenminderung.

Im Rahmen der G20 und G7:

- Im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 soll die Zusammenarbeit mit Afrika mittels einer Initiative zur Förderung von privaten Investitionen und Investitionen in Infrastruktur in afrikanischen Ländern („*Compact with Africa*“) intensiviert werden. Aus dem Mittelmeerraum haben Marokko und Tunesien bereits ihr Interesse bekundet.
- Der MENA Transition Fund (2012) als Koordinierungs- und Austauschplattform unter dem Dach der G7 Deauville Partnerschaft soll gestärkt werden, um die Finanzierung und Umsetzung konkreter Maßnahmen für langfristige, strukturelle Reformen zur Wirtschaftsentwicklung, guten Regierungsführung und somit Stabilisierung in den arabischen Transformationsländern zu ermöglichen.

Ein prosperierender und stabiler Mittelmeerraum ist das Ziel der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir sind der Überzeugung, dass die Entwicklungspolitik einen entscheidenden Beitrag hierzu leisten kann und muss.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin